Satzung

zum Schutz und zur Nutzung der öffentlichen Grünanlagen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Auf der Grundlage der §§ 2 und 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13.07.2011 (GVOBI. M-V S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Juli 2019 (GVOBI. M-V S. 467) wird nach Beschlussfassung der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald am 08.11.2021 die folgende Satzung erlassen:

§ 1

Begriffsbestimmung und Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt für die öffentlichen Grünanlagen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald. Öffentliche Grünanlagen im Sinne dieser Satzung sind die allgemein zugänglichen und nutzbaren Grünanlagen, die sich im Eigentum der Universitäts- und Hansestadt Greifswald befinden und deren Grenzen im Grundbuch eingetragen sind. Sie dienen der ökologischen Stabilisierung der Stadtumwelt, der Stadtgestaltung, der Erholung der Bevölkerung sowie der Förderung der kulturellen und sportlichen Freizeitinteressen.
- (2) Zu diesen, der öffentlichen Nutzung gewidmeten Grünanlagen, gehören:
 - 1. Grün- und Parkanlagen mit ihren Ansaaten, Planzungen u. Einrichtungen,
 - 2. Kinderspiel- und Tobeplätze,
 - 3. Straßenbegleitgrün,
 - 4. Schutzpflanzungen und Waldstreifen,
 - 5. Promenaden, Alleen, begrünte Stadtplätze.
- (3) Bestandteile von Grünanlagen sind insbesondere:
 - 1. Rasen- und Wiesenflächen,
 - 2. Bäume und deren Kronentraufbereiche,
 - 3. Gehölz- und Blumenflächen,
 - 4. Wege- und Platzflächen innerhalb von Grünanlagen,
 - 5. Wasserflächen, Gräben,
 - 6. Mauern, Treppen, Geländer, Zäune, Sandkästen, Ballfanggitter u.a. bauliche Anlagen,
 - 7. Bänke, Stühle, Papierkörbe, Spiel- und Sportgeräte, Plastiken, Pflanzgefäße und sonstige Ausstattungen.
- (4) Für Grünanlagen und Bestandteile von Grünanlagen, die unter Denkmalschutz stehen, gelten außerdem insbesondere die Bestimmungen des Denkmalschutzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern in seiner gültigen Fassung.

§ 2

Nutzung von Grünanlagen

Die Grünanlagen der Universitäts- und Hansestadt Greifswald stehen den Bürgerinnen und Bürgern als innerstädtische Freiräume zur Nutzung als Spiel- und Erholungsorte zur freien Verfügung.

Der Oberbürgermeister der Universitäts- und Hansestadt Greifswald kann die Nutzung von Anlagen oder Anlagenteilen im Einzelnen durch Gebote und Verbote regeln und dabei bestimmte Nutzungsarten ausschließen.

§ 3

Verhalten in den kommunalen Grünanlagen

- (1) Die Grünanlagen sowie deren Einrichtungen dürfen nicht beschädigt, verunreinigt oder verändert werden. Wer Grünanlagen verunreinigt, beschädigt oder verändert, hat die Verunreinigung unverzüglich zu beseitigen oder den ursprünglichen Zustand unverzüglich wiederherzustellen. Dies gilt insbesondere auch für die Beseitigung der Exkremente von mitgeführten Tieren, für Zigaretten- und Tabakwarenreste sowie für Grillkohle- und Verpackungsmaterial.
- (2) Bei der Nutzung der Grünanlagen gilt das Gebot der gegenseitigen Rücksichtnahme und des verantwortlichen Umgangs mit den in §1 Abs. 3 aufgeführten Bestandteilen der Grünanlagen. Die Bestandteile der Grünanlagen dürfen nicht beschädigt, verunreinigt oder verändert werden. Andere Nutzer der Grünanlagen dürfen nicht belästigt, gestört oder behindert werden.
- (3) In den Grünanlagen ist es untersagt:
 - 1. Anpflanzungen, insbesondere Gehölz- und Blumenflächen zu verändern oder zu beschädigen,
 - 2. wild lebende Tiere zu fangen, zu beunruhigen, zu verletzen oder zu töten,
 - 3. Rasenflächen und Anpflanzungen mit Fahrrädern oder Kraftfahrzeugen zu befahren,
 - 4. Zelte und Wohnwagen aufzustellen,
 - 5. zu nächtigen,
 - 6. Kraftfahrzeuge zu fahren, zu parken und abzustellen sowie zu reiten; dies gilt nicht für Wege und Flächen, die durch entsprechende Beschilderung hierfür freigegeben sind,
 - 7. auf Spielanlagen Tiere mitzubringen,
 - 8. Abfall jeglicher Art zu lagern oder abzulagern,
 - 9. Plakate oder sonstiges Werbematerial anzuschlagen sowie Waren und gewerbliche Dienste jeglicher Art ohne vorherige Genehmigung anzubieten,
 - 10. in Gräben, Teichen und sonstigen Wasserflächen zu baden.
 - 11. Eisflächen zu betreten, soweit sie nicht als Eislaufflächen gekennzeichnet sind,
 - 12. Wildtiere jeglicher Art zu füttern,
 - 13. sich in einem Rausch oder ähnlichen Zustand aufzuhalten, unabhängig davon, ob dieser Zustand vorsätzlich oder fahrlässig durch alkoholische Getränke oder andere berauschende Mittel herbeigeführt wurde,
 - 14. in Kinderspiel- und Tobeplätze zu rauchen, Alkohol zu trinken oder andere berauschende Mittel zu konsumieren.
 - 15. Kinder oder Jugendliche auf Spiel-, Tobe- oder Bolzplätzen zu behindern oder zu belästigen,
 - 16. Bauwerke, Denkmäler oder sonstige nicht dafür vorgesehenen Einrichtungen ohne oder mittels Hilfsmittel zu besteigen sowie Bäume zu Zwecken des Freizeitsports zu besteigen oder zu benutzen,
 - 17. aktiv und aufdringlich-aggressiv zu betteln. Stilles betteln im üblichen Rahmen ist vom Verbot ausgenommen,
 - 18. gewerbliche Aktivitäten aller Art einschließlich Musizieren zu betreiben,
 - 19. die Notdurft außerhalb von Toilettenanlagen zu verrichten,
 - 20. Feuer zu machen.
 - 21. zu Grillen, außer auf den ausgewiesenen Flächen, siehe Anlage 1 u. 2.

Benutzung der Spielanlagen

Die Benutzung der Spielanlagen hat entsprechende der Art des Spielplatzes und der Spielgeräte und nur altersentsprechend sowie im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu erfolgen. Die im Einzelfall durch Beschilderung angezeigten Hinweise und Gebote sind einzuhalten. Kinder bis zum vollendeten 6. Lebensjahr müssen in Begleitung eines Erziehungsberechtigten oder dessen Beauftragten sein.

§ 5

Benutzungssperre

Aus gartenpflegerischen Gründen und aus Gründen der Verkehrssicherung, können Grünanlagen vorübergehend für die allgemeine Benutzung gesperrt werden.

§ 6

Anordnung

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie zur Abwehr von Sachschäden in den Grünanlagen und Spielanlagen können Anordnungen für den Einzelfall getroffen werden. Den Anordnungen ist unverzüglich Folge zu leisten.

§ 7

Sondernutzung

(1) Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald kann im Bedarfsfall eine Nutzung der öffentlichen Grünanlagen, die über die satzungsgemäße Zweckbestimmung hinausgeht (Sondernutzung), nach Maßgabe dieser Satzung gestatten. Sie kann im Einzelfall Ausnahmen von den Bestimmungen des § 3 zulassen, wenn dem ein überwiegend öffentliches Interesse nicht entgegensteht.

Als Sondernutzung im Sinne dieser Satzung zählt insbesondere:

- 1. Durchführung von Veranstaltungen, Schaustellungen, Sportwettkämpfen einschließlich Trainingsbetrieb,
- 2. das Befahren der Grünanlagen mit Fahrzeugen aller Art,
- 3. das Abstellen von Fahrzeugen und sonstigen Gegenständen,
- 4. Baustelleneinrichtungen,
- 5. Aufgrabungen aller Art,
- 6. Ablagerung von Baustoffen, Material, Bodenaushub, Schutt und dergleichen,
- 7. Flächeninanspruchnahme zu Handelszwecken bzw. darauf bezogene Hinweiseinrichtungen,
- 8. das Aufstellen von Containern.
- 9. das Aufstellen von Tischen und Stühlen.
- (2) Versorgungs- und Entsorgungsträger (Gas, Fernmeldewesen, Wasser, Abwasser, Fernwärme und Strom), die im öffentlichen Interesse Aufgrabungen, Schachtungen oder Bohrungen in

kommunalen Grünanlagen vornehmen, haben vor Baubeginn die Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu informieren und nach Beendigung der Baumaßnahmen die Universitäts- und Hansestadt Greifswald die ordnungsgemäß hergestellte Fläche zu übergeben. Die Baumaßnahme kann aus wichtigem Grund untersagt oder auch zeitlich beschränkt werden.

§ 8

Antrag auf Sondernutzungserlaubnis

Eine Sondernutzungserlaubnis wird nur auf Antrag erteilt. Dieser ist schriftlich, mindestens 21 Tage vor der beabsichtigten Ausübung der Sondernutzung bei der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu stellen.

Der Antrag muss mindestens Angaben über den Ort, die Art der Sondernutzung, den Umfang der benötigten Fläche, die voraussichtliche Dauer der Sondernutzung, Maßnahmen zur Verkehrs- und Flächensicherung sowie Angaben über Maßnahmen der Beseitigung der durch die Sondernutzung entstehenden Verunreinigungen enthalten.

§ 9

Sondernutzungserlaubnis

Die Sondernutzungserlaubnis wird auf Zeit und/oder Widerruf erteilt. Sie kann Bedingungen und Auflagen enthalten, wenn das zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder zum Schutz der Grünflächen erforderlich ist.

Die Sondernutzungserlaubnis erlischt:

- 1. Durch Widerruf,
- 2. wenn von ihr drei Monate kein Gebrauch gemacht wird,
- 3. nach Zeitablauf,
- 4. durch Einziehung der genutzten öffentlichen Grünfläche.

§ 10

Pflichten des Sondernutzungsberechtigten

- (1) Der Sondernutzungsberechtigte ist verpflichtet, die von ihm beanspruchten Anlagen in ordnungsgemäßem, sauberem und verkehrssicheren Zustand zu halten. Der Sondernutzungsberechtigte hat der Universitäts- und Hansestadt Greifswald alle Kosten zu ersetzen, die durch die Sondernutzung zusätzlich entstehen.
- (2) Er ist gegenüber der Universitäts- und Hansestadt Greifswald verpflichtet, die in Anspruch genommene Grünfläche nach Nutzungsende fachgerecht wiederherzustellen.
- (3) Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald ist berechtigt, nach Beendigung der Sondernutzung die fachgerechte Wiederherstellung, die Beseitigung von Verunreinigungen und/oder Beschädigungen auf Kosten des Sondernutzungsberechtigten vornehmen zu lassen, wenn dieser nach schriftlicher Aufforderung seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.
- (4) Der Sondernutzungsberechtigte hat die Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die von ihm beanspruchte Grünfläche von etwaigen Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.

Sondernutzungsgebühren

Für Sondernutzungen werden Gebühren gemäß Grünanlagengebührensatzung der Universitätsund Hansestadt Greifswald erhoben. Die Erteilung einer Sondernutzungsgenehmigung kann von der Zahlung einer angemessenen Sicherheitsleistung bzw. einer Bankbürgschaft abhängig gemacht werden.

§ 12

Andere Rechtsvorschriften

Andere Rechtsvorschriften bleiben von dieser Grünanlagensatzung unberührt. Hier insbesondere die Verwaltungskostensatzung, die Marktordnung, die Hundeverordnung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und die Gehölzschutzbestimmungen.

§ 13

Platzverweis

Wer Vorschriften dieser Satzung oder einer aufgrund dieser Satzung erlassenen Anordnung zuwiderhandelt oder wer in Grünanlagen Handlungen begeht, die mit Strafe oder mit Geldbuße bedroht sind, oder in die Grünanlagen Gegenstände bringt, die durch eine strafbare Handlung erlangt sind oder zur Begehung einer strafbaren Handlung verwendet werden sollen, kann unbeschadet der sonstigen Rechtsfolgen, aus den Grünanlagen verwiesen werden. Bei wiederholter Zuwiderhandlung kann das Betreten der Grünanlagen auch für einen bestimmten Zeitraum untersagt werden.

§ 14

Haftungsbeschränkung

Die Benutzung der Grünanlagen erfolgt auf eigene Gefahr. Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald haftet im Rahmen der allgemeinen Vorschriften nur bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit. Von dieser Haftungsbeschränkung ausgenommen sind Schäden aus der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

§ 15

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 5 Abs. 3 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg Vorpommern handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:
 - 1. Grünanlagen beschädigt oder verändert (§ 3 Absatz 1 Satz 1),
 - 2. eine Verunreinigung nicht unverzüglich beseitigt oder den ursprünglichen Zustand nicht unverzüglich wiederherstellt (§ 3 Abs. 1 Sätze 2 und 3),
 - 3. als Benutzer der Grünanlagen andere gefährdet, schädigt oder mehr als nach den Umständen unvermeidbar behindert oder belästigt (§ 3 Absatz 2),
 - 4. als Benutzer der Grünanlagen den Verboten des § 3 Absatz 3 zuwiderhandelt,

- 5. entgegen § 7 eine Sondernutzung ausübt ohne, dass bzw. bevor er dafür eine Genehmigung eingeholt hat oder die Sondernutzung abweichend von der Genehmigung zeitlich und/oder territorial ausdehnt,
- 6. einem ausgesprochenen Platzverweis nach § 13 zuwiderhandelt
- (2) Ordnungswidrigkeiten können gemäß Gesetz über Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße von 5,00 € bis 1.000,00 € geahndet werden.

§ 16

Ersatzvornahme

Wird bei Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften dieser Satzung ein ordnungswidriger Zustand verursacht, so kann dieser nach vorheriger Androhung und Ablauf der hierbei gesetzten Frist anstelle und auf Kosten des Zuwiderhandelnden von der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beseitigt werden. Einer vorherigen Anordnung mit Fristsetzung bedarf es nicht, wenn der Pflichtige nicht erreichbar ist oder wenn Gefahr in Verzug besteht oder wenn die sofortige Beseitigung des ordnungswidrigen Zustandes im öffentlichen Interesse geboten ist.

§ 17

Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.
- (2) Zum gleichen Zeitpunkt wird die Satzung zum Schutz und zur Nutzung der öffentlichen Grünanlagen der Hansestadt Greifswald vom 19. Oktober 1999 B56-03/99 außer Kraft gesetzt.

Anlage 1 Öffentliche Grillplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Anlage 2 Öffentliche Grillplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald Verhaltensregeln

Greifswald,

2 4 11 2021



Soweit beim Erlass dieser Satzung gegen Verfahrens- und Formvorschriften verstoßen wurde, können diese gemäß § 5 Abs. 5 der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern nach Ablauf eines Jahres seit dieser öffentlichen Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden. Diese Einschränkung gilt nicht für die Verletzung von Anzeige-, Genehmigungs- oder Bekanntmachungsvorschriften.



(Die Satzung wurde am

24. 11. 2021 im Internet öffentlich bekannt gemacht.)

Anlage 1

Stand: 11.11.2021

Öffentliche Grillplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

• Grünfläche "Forum am Museumshafen"

Anlage 2

Stand: 11.11.2021

Öffentliche Grillplätze in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

Verhaltensregeln

- Der Grillplatz darf von allen Bürgern der Universitäts- und Hansestadt Greifswald und deren Gästen benutzt werden. Die Nutzung der Grillplatzfläche geschieht auf eigene Gefahr.
- 2. Beim Aufstellen des Grills ist auf einen festen Standplatz zu achten. Der Grill sollte möglichst kippsicher auf einer sandigen oder steinigen Oberfläche aufgestellt werden. Zu brennbaren Materialien ist ein ausreichender Abstand zu halten.
- 3. Beim Aufstellen des Grills ist auch auf die Windrichtung zu achten. Der Betreiber des Grills hat sich zu vergewissern und darauf zu achten, dass keine Funken und Glutreste vom Wind verweht werden.
- 4. Der Grill sollte nicht mehr transportiert oder umgestellt werden, wenn er bereits entzündet und in Betrieb ist.
- 5. Zum Grillen dürfen nur handelsübliches Gas, Grillkohle/ Grillbriketts und Anzünder auf dafür bestimmten Geräten verwendet werden. Die Nutzung von Brandbeschleunigern (wie Benzin, Brennspiritus usw.) ist verboten. Abfälle, Laub, Reisig, Äste und dergleichen dürfen nicht verbrannt werden.
- 6. Beim Anzünden und Abbrennen darf die Flamme die Höhe von einem halben Meter nicht überschreiten.
- 7. Die Grillstätte/ Grillstelle muss während der Grilldauer ständig durch eine geeignete Person beaufsichtigt werden. Erst nach dem restlosen Ablöschen bzw. Erkalten und Entsorgen der Glut oder nach Übergabe der noch heißen Grillstelle an einen Nachnutzer darf die Grillstätte durch den ursprünglichen Nutzer verlassen werden. Der Grillplatz darf erst verlassen werden, wenn vom Grill keinerlei Gefahren mehr ausgehen. Der Betreiber eines Grills ist für Folgeschäden verantwortlich.
- 8. Der Grillplatz ist vor dem verlassen zu beräumen und zu reinigen. Die Asche ist in die dafür vorgesehenen Behälter zu entsorgen.
- 9. Beim Verwenden eines Gasgrills ist unbedingt darauf zu achten, dass die Anschlüsse dicht sind und der Verbindungsschlauch sowie die Gasflasche nicht der Hitze ausgesetzt sind. Austretendes Gas kann durchzünden.
- 10. Kinder können Gefahren wie Hitze, heiße Oberflächen, Stichflammen oder heiße Fettspritzer beim Grillen nicht einschätzen. Daher sollten sie vom Grill grundsätzlich fern gehalten werden.
- 11. Sollte noch heiße Grillkohle oder Glut auf den Boden fallen, wird empfohlen diese mit Sand abzudecken. Es wird empfohlen, eine Löschdecke, einen Eimer trockenen Sand oder einen Feuerlöscher vor Ort bereit zu halten. Ein voll erhitzter Grill sollte nicht mit einem Eimer Wasser gelöscht werden, da der hierbei entstehende Wasserdampf zu Verbrühungen führen kann.
- 12. Sollte das Feuer außer Kontrolle geraten, zögern Sie nicht, die Feuerwehr über Notruf 112 zu alarmieren.